

Elke Ferner

- (A) Ich möchte noch ein Beispiel für Ihre Unseriosität anführen. Sie haben in Ihrem Antrag die Einnahmen und Ausgaben der Jahre 1998 und 2003 gegenübergestellt. Da vergleichen Sie aber wirklich Äpfel mit Birnen; denn Sie haben sich nicht die bereinigten Ausgaben angesehen. Allein die **Rentenversicherungszuschüsse** sind um fast 29 Milliarden Euro höher als im Jahr 1998.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Ja, richtig!)

– Ja, und während Ihrer Regierungszeit sind sie von den Versicherten über Beiträge gezahlt worden. Wenn man diese Summe auf die Beiträge umlegt, entspricht dies einer Beitragserhöhung von knapp 3 Prozentpunkten. Das bedeutet also Rentenversicherungsbeiträge von knapp 22,5 Prozent statt 19,5 Prozent bzw. – andersherum ausgedrückt – eine zusätzliche Belastung für Unternehmen und Versicherte in Höhe von je 14,5 Milliarden Euro. Wenn das Ihre Politik ist, kann ich nur sagen: Prost Mahlzeit!

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Sie haben die Rentenreform gekippt!)

Ich möchte Ihnen noch einen letzten Beweis für die „Seriosität“ der CDU-Finanzpolitik geben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Dafür reicht Ihre Redezeit nicht!)

Man muss sich nur einmal ansehen, was die „grandiose“ Landesregierung des **Saarlandes** geschafft hat.

- (B) (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: 54 Prozent in den Umfragen!)

In den Jahren 2000 bis 2004 hat der Bund dem Saarland eine Teilentschuldung von knapp 2 Milliarden Euro zukommen lassen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Und wie war das in Bremen?)

Aber der Schuldenstand des Landes, werter Herr Kampeter, wird Ende dieses Jahres über 1,1 Milliarden Euro höher sein als im Jahr 1999. Das ist CDU-Finanzpolitik. Sie unterscheiden sich leider in keiner Hinsicht von Ihren Kollegen im Saarland.

Daher muss ich sagen: Ihre Anträge sind Showanträge, wie Sie sie immer schon eingebracht haben. Wir werden sie ablehnen. Natürlich werden wir sie noch im Ausschuss beraten, aber sie helfen diesem Land überhaupt nicht weiter. Sie sollten sich lieber mit konstruktiven Vorschlägen beteiligen,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir stellen einen Antrag!)

anstatt alles nur mies zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf Drucksachen 15/3096 und 15/3216 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen. (C)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8 a und 8 b auf:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts**

– Drucksache 15/3088 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Wahlfreiheit für die Landwirte durch Reinheit des Saatgutes sicherstellen

– Drucksachen 15/2972, 15/3209 –

Berichterstattung:

Abgordnete Gabriele Hiller-Ohm

Helmut Heiderich

Ulrike Höfken

Dr. Christel Happach-Kasan (D)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Bundesministerin Renate Künast.

Renate Künast, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir brauchen, ist **Sicherheit** – Sicherheit für unsere Bäuerinnen und Bauern; denn sie müssen wissen, was auf ihren Feldern los ist, und sie müssen entscheiden können, welche Chancen sie nutzen wollen und welche nicht. Das ist meines Erachtens keine ideologische Frage, sondern schlicht und einfach eine Frage der wirtschaftlichen Existenz. Genau deshalb bringen wir den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts ein. Hierbei geht es nicht nur darum, EU-Recht in materielles Recht umzusetzen, sondern es geht auch um den Schutz von gentechnikfreiem Anbau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

An dieser Stelle will ich nicht verhehlen, dass es Anlass gibt, die **Europäische Kommission** zu kritisieren, weil sie aufgrund des Drucks, der auf sie ausgeübt wurde, in Bereichen, die dringend geregelt gehören, einige

Bundesministerin Renate Künast

- (A) Fragen offen gelassen hat. Wir sehen – auch das gehört zum Thema Sicherheit für die Landwirtschaft –, dass es derzeit wohl 33 gentechnikfreie Regionen und Landkreise in Deutschland gibt und weitere in Gründung sind. Was beweist das? Das beweist, dass sich die Landwirte sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigen und dass es Bäuerinnen und Bauern gibt, für die in der gentechnikfreien Landwirtschaft große **Einkommensvorteile** liegen.

(Ulrich Heinrich [FDP]: Das ist doch nur Show! Das gibt es doch gar nicht!)

– In Sachen Show kennt sich Ihr Guido ja aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Ulrich Heinrich [FDP]: Na, na!)

Wahrscheinlich sind seine Schuhe mit der aufgeklebten Zahl 18 – er träumt heute noch davon, dieses Ziel eines Tages zu erreichen; aber es wird wohl nicht gelingen – in einem Heimatmuseum in einer gentechnikfreien Zone untergebracht. Da stehen sie auch gut.

(Ulrich Heinrich [FDP]: Das war aber schlecht gekontert!)

Es ist doch klar, dass die Landwirte die gentechnikfreie Landwirtschaft wollen. Denn sie sehen darin Einkommensvorteile und Standortvorteile, übrigens auch im Hinblick auf den internationalen Markt. Vergessen Sie nicht: Gerade in den USA haben die Landwirte so viel Druck gemacht, dass das Thema Weizen erst einmal fallen gelassen wurde.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Gut!)

Meine Damen und Herren, was wir wollen, ist Transparenz und Planungssicherheit, deshalb das Gentechnikgesetz, das man angesichts der Auseinandersetzung quasi als „das Gesetz, das Frieden auf den Feldern schafft“ bezeichnen kann.

(Zuruf von der CDU/CSU: Fuchs gegen Hase!)

Ich möchte auf vier Punkte eingehen: die Abstandsregeln – die im Sinne einer Vorsorgepflicht zur guten fachlichen Praxis gehören –, die Haftungsfragen, ein für alle zugängliches Standortregister und eine unabhängige Begleitforschung.

Bei dem Ersten ist doch eines klar: Wir brauchen Regeln für die Vorsorge, detaillierte Regeln für eine gute fachliche Praxis. Ich halte es für einen normalen Ansatz, zu sagen, dass, wer anbaut, sich auch Gedanken machen muss, wie er Auswirkungen auf die Felder, auf das Eigentum, auf die Ernte seiner bäuerlichen Nachbarn verhindern kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Für mich ist klar: Wir können und wollen Verunreinigungen nicht dulden.

Zum Zweiten: Bei den **Haftungsfragen** ist für mich ganz klar: Wer Schäden verursacht, wer wesentliche Beeinträchtigungen beim Gewerbe, beim Unternehmen eines anderen verursacht, muss dafür zahlen. Deshalb ist auch klar: Wer sich für die Agrogentechnik entscheidet, muss dafür sorgen, dass Nachbarn keinen Schaden haben. Ich sage auch für die weitere Diskussion in den nächsten Tagen und Wochen: Ich denke gar nicht daran, die Folgekosten auf den Rücken der Steuerzahler abzuwälzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Gucken wir uns einmal Sachsen-Anhalt an: Dort hat die Landesregierung mit viel Pomp einen 300-Hektar-Anbauversuch gestartet, mit 240 000 Euro Steuergeldern für einen **Haftungsfonds**. Ich dachte immer, die Länder haben zu wenig Geld. Wo haben sie es denn plötzlich her? Der Haftungsfonds wird am Ende nur denjenigen nützen, die die Gentechnik verwenden. Tatsächlich soll der Fonds dazu dienen, Landwirte „einzukaufen“, die diese Agrogentechnik aussäen sollen. Wenn man diesen Haftungsfonds von Sachsen-Anhalt übrigens auf die bundesweite Mais-Anbaufläche umrechnet, wäre das eine Haftungssumme von 1,3 Milliarden Euro; das kann man sich in diesen Tagen auf der Zunge zergehen lassen. Da muss ich einmal all die, die im Bundesrat die Meinung unterstützen, wir bräuchten einen solchen Fonds, fragen: Wo bleiben eigentlich Ihre Forderungen nach Subventionsabbau? Gerade eben haben wir hier doch eloquente Forderungen zum Subventionsabbau gehört. Dann kann man einen solchen Haftungsfonds allerdings nicht unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Heiderich?

Renate Künast, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:
Ja.

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Frau Ministerin, da Sie eben die Vorschläge des Bundesrates angesprochen haben, darf ich Sie fragen: Ist Ihnen bekannt, dass dieser Vorschlag eines Haftungsfonds meines Wissens von den SPD-geführten Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Rheinland-Pfalz und Bremen unterstützt worden ist, dass das keinesfalls ein Vorschlag aus unserer Richtung ist, wie Sie öfter öffentlich betonen?

Renate Künast, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

Herr Heiderich, Ihre Formulierung war für mein juristisches Herz schon hinreichend präzise: Sie haben „unterstützt“ gesagt. Trotzdem kommt der Vorschlag aus Ihrer Richtung. Er wird von Sachsen-Anhalt verfolgt, die uns zeigen wollen, wie es an der Stelle geht. Wo Sie

Bundesministerin Renate Künast

- (A) mich aber gerade auf den Haftungsfonds ansprechen, muss ich sagen: Ich sehe natürlich auch mit einiger Verwunderung, dass hier ein Fonds vorgeschlagen wird, nicht mit einer gesetzlichen Regelung, sondern mit einer Entschließung, in der es heißt: Die Hersteller sollen einen angemessenen Beitrag leisten. Welchen, war man wohl zu feige zu sagen. Den Rest soll der Bund zahlen. Ich diskutiere gerne mit Ihnen über einen Haftungsfonds, wenn die Länder ihn selber zahlen. Aber ich gebe dafür kein Geld aus. Vielleicht tun es die reichen Länder.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ich habe zwei Punkte angesprochen. Der dritte ist das **Standortregister**. Ein öffentlich zugängliches Standortregister ist unabdingbar; das sagt auch das europäische Recht. Ich habe an dieser Stelle kein Verständnis für den FDP-Antrag, in dem es heißt: „Einsicht nur bei konkret begründeten Vorhaben“. Nach dem europäischen Recht brauchen wir ein Standortregister schon deshalb, um die Begleitforschung überhaupt zu ermöglichen: Man kann gemeinhin nur forschen, wenn man weiß, was wo ist und von wo wohin fliegt. Das Standortregister soll für die Bauern ein Anknüpfungspunkt für eine Auskunft sein, um auf dieser Basis zum Beispiel Schadensersatz geltend zu machen.

Ich verstehe nicht, warum Sie Einsicht nur bei konkret begründeten Vorhaben gewähren wollen. Nach meinem Verständnis haben Menschen ein Recht auf Information. Ich dachte bisher immer, dass das die Bürgerrechtspartei FDP auch so sieht und sich dafür einsetzt.

(B)

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist lange vorbei!)

Ich möchte keine Politik des Misstrauens. Genau diese wird gefördert, allen voran durch einen FDP-Landesminister aus Sachsen-Anhalt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage: der Kollegin Happach-Kasan?

Renate Künast, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:
Gerne.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Frau Ministerin, teilen Sie die Einschätzung, dass denjenigen, die **Begleitforschung** durchführen wollen, die Sicherheit gegeben werden muss, dass die Versuche nicht zerstört werden? In welcher Weise wollen Sie das sicherstellen?

Frau Ministerin, inwieweit haben Sie sich von den Zerstörungen bei Freisetzungsversuchen in Sachsen-Anhalt distanziert, bei denen Weizenpflanzen herausgerissen und Felder zertrampelt wurden? Was haben Sie dafür getan, dass so etwas in Zukunft nicht mehr geschieht?

Renate Künast, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft: (C)

Frau Kollegin, zu Ihrer Frage, wie die Felder geschützt werden. Auch die FDP achtet in den Sitzungen der Föderalismuskommission sehr darauf, wer welche Aufgaben hat. Ich muss Sie darauf hinweisen, dass das Polizeirecht Länderaufgabe ist. Die Bundesregierung hat nicht vor, das an sich zu ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN und der SPD)

Zu Ihrer Frage, inwieweit ich mich distanzieren. Ich bin lange Zeit im politischen Geschäft. Schon zu Beginn der 80er-Jahre habe ich gelernt, dass ich mich nicht von anderen distanzieren, ich distanzieren mich höchstens von meinen eigenen Äußerungen. Dazu habe ich in diesem Fall aber keinen Anlass.

Sie haben mich nicht gefragt, ob ich mich von dem fehlgeschlagenen Anbauversuch insgesamt distanzieren. Wie hätte ich auf eine solche Frage antworten sollen? Die eine Seite wollte alles geheim halten. Die Nachbarn haben sich auf das Grundgesetz und auf ihr Recht auf Eigentum, ihren eingerichteten Betrieb, berufen und wollten eine Vereinbarung treffen, die die Bauern außen vor lässt. Ich distanzieren mich von keiner der beiden Seiten.

Zu Ihrer Frage, wie man die Forschung sicherstellt: Auch Forschung kann nicht unter der Käseglocke stattfinden. Derjenige, der im Forschungsbereich tätig ist, muss mit den Regeln leben, die es in einem demokratischen Land gibt, und ist gut beraten, den öffentlichen Diskurs zu diesem Thema offen und ehrlich zu führen.

(D)

Vielleicht wäre man gut beraten gewesen, wenn man mit einem solchen **Großanbauversuch** nicht ohne Wissen der Nachbarbauern begonnen hätte, wie es aus ideologischen Gründen der Fall gewesen ist. So etwas führt so weit, dass noch nicht einmal der bayerische Minister sagen kann, wo solche Versuche in Bayern stattfinden. Auch Minister Sklenar aus Thüringen weiß nicht mehr.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Der Weizenversuch ist kein Großversuch! Das ist falsch, was Sie sagen!)

Man sollte sich, wenn man in diesem Bereich forscht, intelligenter anstellen, vor allem da man weiß, dass dieser Bereich in der Gesellschaft umstritten ist. Es wissen alle, welche Auswirkungen das hat. Diese Aufgabe kann ich Herrn Katzek nicht auch noch abnehmen.

Zum vierten für mich wichtigen Punkt, der **Begleitforschung**. Begleitforschung, die diesen Namen auch verdient, heißt für mich, dass man nicht nur diejenigen versammelt, die sowieso dafür sind, sondern dass man alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt, auch unabhängige, dass man alle Fragen von der möglichen gesundheitlichen Folge für Mensch und Tier bis hin zu Auswirkungen auf Biodiversität seriös erforscht und dass man die Diskussion – das kennen wir aus anderen Zusammenhängen – nicht zu eng führt. Wir bauen ein entsprechendes Programm auf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Bundesministerin Renate Künast

- (A) Zu der von den CDU/CSU- und FDP-regierten Ländern begonnenen Blockade im Bundesrat liest man in einigen Zeitungen Berichte über all die Auswirkungen und findet Formulierungen wie „Krieg auf den Dörfern“ oder „Bauernkriege“. Das sind nur einige Überschriften. Ich sage Ihnen klar: Was wir brauchen, ist das Gegenteil, nämlich Planungssicherheit. Das ist noch milde ausgedrückt. Das, was hier unter Federführung von Sachsen-Anhalt angezettelt wurde, ist Chaos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Das ist unglaublich!)

– Sehen Sie sich doch einmal die Diskussionen in Ihren Wahlkreisen an. Der **Bauernverband**, der das ursprünglich mitmachen wollte, fordert jetzt selber, dass die Bauern endlich Auskunft bekommen. Daran sehen Sie, was Sie verursacht haben. Ich weiß nicht, wo Sie stehen. Aber ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass Ihre Interessen mit den Interessen des Bauernverbandes und damit möglicherweise den Interessen der Bauern relativ wenig zu tun haben.

Wir stehen auf alle Fälle eindeutig dafür, dass es Haftungsregeln statt einer ungerechten Kostenverteilung gibt. Wir brauchen Abstandsregeln statt misstrauisches Beäugen an den Grundstücksgrenzen. Wir brauchen Standortregister statt Geheimniskrämerei und wir wollen eine umfangreiche Begleitforschung, statt die Ergebnisse der Wissenschaft dem Zufall zu überlassen.

- (B) (Beifall der Abg. Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Das alles dient am Ende der Sicherheit der Bäuerinnen und Bauern und dem Schutz der Gesundheit der Menschen und der Umwelt.

Wir brauchen eine zügige Umsetzung dieses Gesetzes. Deshalb erwarte ich von der Opposition – das sage ich ganz klar –, dass Sie Ihre doppelzüngige Politik in diesem Bereich aufgeben. Einmal tun Sie so, als schützen Sie die Bauern, dann reiten Sie wieder mit eifrigem Galopp durch die Säle. Versuchen Sie nicht, an dieser Stelle zu blockieren. Ich sage Ihnen voraus: Gelingen wird es Ihnen sowieso nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Wenn hier einer blockiert, dann ist das Frau Künast!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Gerda Hasselfeldt, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich habe aufmerksam zugehört und hatte die Erwartung, dass wir endlich einmal die Chance für eine der schwierigen Angelegenheit angemessene sachliche Aus-

- einandersetzung mit dem Thema Grüne Gentechnik haben. Ich bin leider wieder enttäuscht worden. (C)

Wenn Sie sich die Verlautbarungen der verschiedenen Regierungsmitglieder in den letzten Wochen und Monaten zum Thema Grüne Gentechnik vor Augen halten und wenn Sie die Ankündigungen und die tatsächlichen Gesetzestexte gegenüberstellen, dann wird deutlich: Die Diskussionsgrundlage zur Grünen Gentechnik, die vonseiten der Regierung geboten wird, ist an Widersprüchlichkeit und vor allem an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will Ihnen das auch begründen: Es ist von den **Erprobungsanbauten** in einigen Ländern – übrigens nicht nur unionsregierte, sondern auch SPD-regierte Länder – gesprochen worden. Sie werden von der Ministerin in übelster Weise kritisiert und an den Pranger gestellt.

Tatsache ist erstens, dass der **Bundeskanzler** höchstpersönlich im Jahre 2000 bei der EXPO groß angelegte bundesweite Erprobungsanbauten angekündigt hat. Tatsache ist auch, dass wir bis heute auf die Umsetzung dieser Ankündigung warten.

Zweitens. Tatsache ist, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten in den **EU-Koexistenzleitlinien** aufgefordert werden, derartige Erprobungsanbauten durchzuführen. Die Bundesrepublik Deutschland hat dies bisher nicht getan, obwohl völlig unumstritten ist, dass derartige Erprobungsanbauten notwendig und sinnvoll sind, um Erfahrungen im Miteinander und Nebeneinander unterschiedlicher Anbauformen, in der so genannten Koexistenz, zu sammeln. (D)

Drittens ist Tatsache – auch dies wird von der Regierung verschwiegen –, dass das Bundessortenamt, eine dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft unterstehende Bundesbehörde, die entsprechende Maissorte unabhängig davon zum Anbau genehmigt hat, wann, von wem und wo sie angebaut wird.

Viertens ist Tatsache, dass vom **Robert-Koch-Institut** – einem Institut, das dem Bundesgesundheitsministerium untersteht – die Genehmigung zur Inverkehrbringung erteilt wird.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich all das anschauen, dann erkennen Sie, dass hier nichts anderes getan wird, als auf einer völlig sauberen rechtlichen Basis das zu vollziehen, was möglich und notwendig ist, um die Erfahrungen dafür zu sammeln, mit der Grünen Gentechnik wirklich verantwortungsvoll umzugehen, und um eine richtige und fundierte rechtliche Grundlage zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage: Wenn dies endlich so getan wird – die Bundesregierung hatte sich bislang verweigert –, dann sollte man das nicht kritisieren. Man sollte die Leute, die die Verantwortung dafür haben, nicht an den Pranger stellen, sondern man sollte sie unterstützen. Man sollte dankbar dafür sein, dass dies in die Hand genommen wird.

Gerda Hasselfeldt

- (A) Nun zu den Fragen der **Geheimhaltung**. Frau Ministerin, ein Stück weit tragen Sie selber die Verantwortung dafür – und zwar ganz gewaltig –, dass Sie die Beschädigungen an den Feldern toleriert, sich nicht davon distanzieren und sie nicht kritisiert haben.

(Renate Künast, Bundesministerin: Jetzt passen Sie aber auf, was Sie sagen!)

Sagen Sie bitte: Warum haben Sie eigentlich so lange gebraucht, um die **EU-Freisetzungsrichtlinie** umzusetzen? Die Freisetzungsrichtlinie, die mit diesem Gesetz umgesetzt wird und in der das Standortregister und die Meldepflicht verankert sind, weil sie EU-rechtlich vorgeschrieben sind, ist im Frühjahr 2001 verabschiedet worden. Heute sind wir im Frühjahr 2004, Frau Minister. Drei Jahre haben Sie nichts gemacht, und jetzt beklagen Sie sich, dass die rechtlichen Grundlagen dafür fehlen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Na, na, das stimmt doch nicht!)

Die Frist für die Umsetzung – das wäre Oktober 2002 gewesen – ist sogar schon abgelaufen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Schon lange!)

Wenn Sie die Richtlinie rechtzeitig umgesetzt hätten, hätten wir heute eine Meldepflicht, die Standortregister, Transparenz und keine Geheimhaltung, die Sie immer beklagen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie hätten doch die Initiative ergreifen können! – Gegenruf des Abg. Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Wir haben sie mehrfach ergreifen! – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch! Die Rückverfolgbarkeit war doch gar nicht da!)

Nun will ich zu den Widersprüchen im Gesetzentwurf selber ein paar Sätze sagen. In Ihrem eigenen Gesetzentwurf schreiben Sie in § 1, dass der Zweck dieses Gesetz unter anderem die **Förderung der Grünen Gentechnik** ist.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach!)

Die einzelnen Vorschriften gestalten Sie jedoch mit einer überbordenden Bürokratie und mit Haftungsregeln aus, die dazu führen, dass das Ganze behindert, wenn nicht sogar verhindert wird. Das heißt, Sie machen das pure Gegenteil von dem, was Sie in § 1 erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen das Chaos!)

Das ist natürlich ganz praktisch, weil Sie dann gegenüber Wissenschaftlern und in Sonntagsreden den § 1 zitieren können. Auch können Sie den Bundeskanzler zitieren, der das Jahr 2004 zum Jahr der Innovation ausgerufen hat. In diesem Jahr der Innovation aber werden der Forschungsetat gekürzt und durch ein Gesetz wie dieses

- die Grundlage für Forschung und Entwicklung im eigenen Land nicht verbessert, sondern verschlechtert. (C)

Ich wünsche mir sehr, dass wir diese Diskussion mit Sachargumenten und mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, die uns allen vorliegen, führen. Ich wünsche mir, dass das Ganze ohne ideologische Verblendung stattfindet.

(Lachen bei den Abgeordneten der SPD – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reine Konzerninteressen!)

Ich wünsche mir auch, dass der Beitrag der Grünen Gentechnik für Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt, der unumstritten ist, nicht nur bei uns, sondern auch in der **Dritten Welt** einbezogen wird. Es kommt nicht von ungefähr, dass die FAO, die UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung, erst in den letzten Wochen in ihrem Bericht deutlich machte, welchen positiven Beitrag die Grüne Gentechnik gerade auch für die Landwirtschaft in der Dritten Welt leisten kann und leisten wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Natürlich will ich, dass auch die kritischen Bemerkungen in diese Diskussion einfließen. Aber sie müssen alle einfließen und abgewogen werden. Uns geht es nicht darum, dass die Grüne Gentechnik die ökologische und die konventionelle Landwirtschaft oder die klassische Pflanzenzüchtung ersetzt, sondern wir wollen eine sinnvolle Ergänzung der bisherigen Anbauformen erreichen.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach ne! Das ist doch völlig ungläubwürdig!) (D)

Daraus resultieren die Anforderungen an dieses Gesetz, erstens **Koexistenz** aller Anbauformen, zweitens echte **Wahlfreiheit** für die Verbraucher und die Landwirte, drittens keine überflüssige Bürokratie und viertens wirkliche Rechtssicherheit.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann müssen Sie das Gesetz unterstützen!)

Rechtssicherheit und Planungssicherheit, Frau Minister, taugen nicht nur als Überschrift, sondern sie müssen tatsächlich für die Verbraucher, die Landwirte, die Produzenten, die Wissenschaftler und für alle gelten, die auf diesem Feld arbeiten. Sie alle brauchen dringend Planungs- und Rechtssicherheit.

Dem wird der Gesetzentwurf, mit Verlaub, nicht gerecht. Mit diesem Gesetzentwurf ist ein Aufblähen der **Bürokratie** verbunden. Es wird zu mehr Verunsicherung und damit zu keiner Rechtssicherheit kommen. Die Haftungsregelungen sind willkürlich.

(Widerspruch bei den Abgeordneten der SPD)

Es wird nicht gefördert, sondern behindert und verhindert. Deshalb muss der Gesetzentwurf zwingend nachgebessert werden,

(Beifall der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Gerda Hasselfeldt

- (A) insbesondere in den Fragen der Bürokratie und der Haftung sowie bei der Möglichkeit, den Probeanbau nicht nur zuzulassen, sondern auch wissenschaftlich zu begleiten.

(Zuruf von der SPD: Stellen Sie Änderungsanträge!)

Es ist schon interessant: Als der Gesetzentwurf vor einigen Monaten im Kabinett eingebracht und öffentlich diskutiert wurde, las man in der Zeitung „Die Zeit“ in einem Artikel über diesen Gesetzentwurf – ich zitiere –:

... mit bürokratischen Bremsmanövern allein lässt sich die Zukunft nicht gewinnen.

Ich glaube, treffender kann man dieses Gesetz nicht charakterisieren.

Lassen Sie uns doch gemeinsam daran arbeiten, dass wir die Bürokratie in diesem Gesetz und die Bremsklötze beseitigen und die Grundlage dafür schaffen, anhand der wissenschaftlichen Erkenntnisse, die wir haben, unter Berücksichtigung aller Argumente dafür und dagegen eine sinnvolle Regelung zu finden, auf deren Grundlage wir die Chancen, die die Grüne Gentechnik für die Gesundheit und die Ernährung der Menschen, für die Landwirte, für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Innovation in unserem Land bietet, wirklich sinnvoll nutzen können.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles Schmu!)

Herzlichen Dank.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Diese Rede hat sich wohlthuend von dem abgehoben, was uns die Frau Künast zu sagen wusste! – Zustimmung bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege René Röspel, SPD-Fraktion.

René Röspel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beobachten in Fragen der Gentechnologie eine große **Verunsicherung**. Zum einen lehnen viele Menschen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab und fragen daher, warum die unerwünschten gentechnisch veränderten Pflanzen in den Anbau kommen sollen; zum anderen sind aber auch die Bäuerinnen und Bauern verunsichert, da sie, selbst wenn sie selber nicht auf die neuartigen Saatgutangebote zugehen wollen, durch Pollenflug, Aussamung und Vermischung bei Ernte und Transport davon betroffen sein könnten.

Das ist ein Zitat aus einem der vielen Schreiben, die wir dieser Tage bekommen. Ich wollte heute nicht über Ideologie sprechen. Das ist Aufgabe der CDU/CSU und der FDP.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Oh! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Ja, so ist es!)

- (C) Das ist kein Schreiben von einer ökoradikalen Splittergruppe, sondern dieses Schreiben haben die westfälischen Bundestagsabgeordneten vom Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Alfred Buß, erhalten.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Er hat den Beschluss der Landessynode aus dem letzten Jahr beigefügt, der seinen Gipfel darin findet, auf dem Ackerland der Kirche keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zuzulassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was interessiert die CDU schon die Kirche?)

Ich halte diesen Beschluss für richtig, denn auch meine **Skepsis** bleibt. Die gentechnische Veränderung von Pflanzen ist ein Eingriff in die Evolution, dessen Auswirkungen wir nur sehr schwer beurteilen können, vor allem, wenn wir zum Beispiel ein Gen aus einem Bodenbakterium ausbauen und in eine höhere Pflanze übertragen. Das ist ein Prozess, der in der Natur wahrscheinlich nie vorkommen wird. Wenn er vorgekommen ist oder vorkommt, dann ist das unproblematisch, weil es sich um einen Einzelfall handelt. Wenn aber Myriaden von gezielt veränderten Pflanzen auf einem Feld stehen, dann hat das eine vollkommen andere Qualität. Wir wissen letztlich nicht, was über die Jahre betrachtet an Problemen entstehen kann.

Es gibt eine ganze Reihe von Argumenten der Befürworter der Grünen Gentechnik. Die tauschen wir regelmäßig aus: Hilfe bei der Bekämpfung des Welthungers, höhere Ernteerträge, weniger Chemieeinsatz und Schädlingsbefall usw.

(Ulrich Heinrich [FDP]: Ist das nichts?)

All diese Argumente sind weder endgültig belegt noch endgültig widerlegt.

Ähnlich ist es mit den Argumenten der Gegner oder Skeptiker: größere Abhängigkeit von Konzernen, Schaffung von Resistenzen bei Schädlingen, Schädigung von Nützlingen, Auskreuzungen in die Umwelt, reduzierte Ernteerträge usw. Auch diese Argumente sind weder endgültig belegt noch widerlegt. Das heißt, es findet das übliche Spiel statt, dass Sie mir Ihre Gutachten oder wissenschaftlichen Arbeiten vorlegen, die ich auseinandernehme, und umgekehrt.

In allen Fällen gibt es mehr oder weniger gute Hinweise, die ich einfach zur Kenntnis nehme. Aber was ist eigentlich schlimmer? Wenn die Befürworter in einigen Jahren mehr Recht bekommen oder wenn die Gegner Recht behalten? Was ist denn, wenn die Skeptiker in zehn oder 20 Jahren Recht bekommen,

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Damit ist es zu spät!)

es aber dann schon zu spät ist, weil sich freigesetzte Pflanzen nicht mehr zurückholen lassen, weil bäuerliche Strukturen zusammengebrochen sind oder weil althergebrachtes Saatgut verloren gegangen ist?

(D)

René Rösipel

- (A) Vor diesem Hintergrund sehe ich übrigens auch den **Erprobungsanbau von gentechnisch verändertem Mais** auf 300 Hektar in 30 Betrieben in Sachsen-Anhalt, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Baden-Württemberg als sehr kritisch an. Ich halte es für falsch und unklug, dass die Standorte nicht mindestens für Landwirte transparent gemacht werden. Frau Künast hat das angedeutet. In einigen der genannten Länder gibt es nämlich Regionen, insgesamt 33, in denen die Bauern ausdrücklich gentechnikfrei produzieren wollen. Ich hoffe, dass kein Freisetzungsversuch in deren Nähe stattfindet, weil sie dann nämlich in Schwierigkeiten kommen.

Ich halte es geradezu für fatal, wenn die CDU/CSU in ihrem Antrag auf Drucksache 15/2822 fordert, umgehend einen großflächigen Erprobungsanbau in Deutschland zu starten. Sie sind offenbar nicht in der Lage, zu erkennen, dass wir nicht über die notwendigen Kapazitäten für eine vernünftige Begleitforschung zu einem großflächigen Anbau verfügen. Sie wollen gleich mit der Tür ins Haus fallen und Fakten schaffen. Wenn dies nicht zutrifft, dann müssten Sie das in Ihrem Antrag besser erklären.

Insofern ist es richtig und verantwortungsvoll, mit der Gentechnologie vorsichtig voranzugehen. Genau diesen Weg verfolgen wir mit dem Gesetzentwurf der rot-grünen Bundesregierung. Wir haben darauf zu reagieren, dass die EU-Kommission die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen neuerdings genehmigt, und wir müssen europäisches Recht in deutsches Recht umsetzen. Unser Ziel ist es, den Verbrauchern echte Wahlfreiheit zu ermöglichen, und wir wollen eine Koexistenz zwischen den verschiedenen Anbauformen schaffen.

- (B) (Beifall des Abg. Friedrich Ostendorff
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine zentrale Rolle spielt sicherlich die **Haftungsfrage**. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir feststellen, dass wir in diesem Punkt keine absolute Gerechtigkeit herstellen können. Entweder schützt man die Landwirte, die Gentechnik nutzen wollen – das ist offenbar die Intention der Opposition –, oder man legt den Schwerpunkt auf den Schutz derjenigen, die auf Gentechnik verzichten wollen.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Eine solche Entscheidungslage ist aber im täglichen Leben nicht unüblich.

Lassen Sie mich das an einem simplen Beispiel aus dem berühmten täglichen Leben verdeutlichen. Ein Hundehalter geht mit seinem Hund spazieren. Der Hund ist gut ausgebildet und hat einen friedlichen Charakter. Er hat noch nie Probleme gemacht und er ist angeleint. Trotzdem springt er ein Kind an und zerreißt dessen Hose. Nach deutschem Recht muss der Hundehalter die Hose ersetzen, obwohl ihn eigentlich keine Schuld trifft. Er hat sich nämlich an alle Regeln gehalten, die ihm auferlegt sind. Eigentlich ist das ungerecht. Es hat aber nichts mit willkürlicher Rechtsprechung zu tun; viel un-

gerechter wäre es nämlich, das Kind auf seiner zerrissenen Hose sitzen zu lassen und den Schaden nicht zu ersetzen. (C)

(Zuruf von der SPD: Das will die Opposition!)

Das deutsche Recht entscheidet sich für den Schutz des Opfers und die Hilfe für den Geschädigten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir wollen dieses Prinzip auch auf die Gentechnik auf dem Acker übertragen. Ein Landwirt wird sich frei entscheiden können, ob er gentechnisch veränderte Pflanzen anbaut oder auf Gentechnik verzichtet. Wenn aber ein Landwirt, der gentechnikfrei anbauen will, auf seiner Ernte sitzen bleibt, weil vom Gentechnikbauern nebenan die Gentechnikpflanzen in einem Maße „herübergeweht“ sind, dass er seine Ernte nicht mehr als gentechnikfrei verkaufen kann, dann muss dieser Bauer seinen Schaden ersetzt bekommen.

In dieser Frage besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen Regierung und Opposition. Die FDP fordert in ihrem Antrag auf Drucksache 15/2979: „Es haften nur die Landwirte, die die Koexistenzregeln nicht konsequent einhalten.“ Dieser Vorschlag bedeutet: Wenn der Gentechnikbauer alle Regeln befolgt, dann bleibt der gentechnikfreie Bauer auf seiner verunreinigten Ernte sitzen. Bezogen auf mein Beispiel aus dem alltäglichen Leben bedeutet das: Wenn der Hundehalter alle Regeln befolgt, dann bleibt das Kind auf der zerrissenen Hose sitzen. (D)

(Zuruf von der CDU/CSU: So ein Blödsinn!)

Wir wollen das nicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wir auch nicht!)

Rot-Grün will, dass es dabei bleibt, dass der Hundehalter dem Kind eine neue Hose kauft. Wir wollen auch, dass der Schaden des Bauern, der gentechnikfrei produzieren will, ersetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie
beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Anfang meiner Rede zitierte ich den Brief des Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, der die Unsicherheit auch der Landwirte schilderte. Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf die Wahlfreiheit der Verbraucher stärken und auch die geschilderte Unsicherheit der Landwirte abbauen. Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen darf nicht zum Nachteil derer geschehen, die darauf verzichten wollen. Ich bin überzeugt, dass die Landwirte und die Verbraucher merken werden, wer wirklich an ihrer Seite steht.

Den FDP-Abgeordneten wünsche ich, dass sie keinen Hunden begegnen, die ihre Hosen zerbeißen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der
CDU/CSU: Mein Gott, was für ein Blödsinn!)

(A) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat die Kollegin Dr. Christel Happach-Kasan, FDP-Fraktion.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Ihrer Beruhigung, Herr Röspel: Mein Hund beißt nicht. Insofern besteht keine Gefahr.

(René Röspel [SPD]: Sie haften trotzdem!)

Zu Ihren Ausführungen will ich eines anmerken: Ihr Begriff von Natur schließt menschliche Kreativität aus.

(Zuruf von der CDU/CSU: Richtig!)

Ihrem Begriff von Natur zufolge befänden wir uns noch immer in der Steinzeit.

(Beifall bei der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Hat bisher alles durch genetische Veränderungen stattgefunden oder was?)

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Erdbeeren, die Sie morgen oder übermorgen essen werden, aus Unterarten gezüchtet sind, die aus Südamerika und aus Europa stammen! Sie sind völlig unnatürlich und hätten ohne den Menschen nie eine Chance gehabt, zusammenzukommen.

(René Röspel [SPD]: Das ist traditionelle Zucht!)

Ich möchte nun zu meiner eigentlichen Rede kommen. Im **Kampf gegen Hunger und Unterernährung** setzt die FAO auf den Einsatz der Grünen Gentechnik. Generaldirektor Jacques Diouf fordert eine Genforschung, die sich an den Bedürfnissen der Kleinbauern in Asien und Afrika ausrichtet. Die Züchtung des Goldenen Reises ist ein Beispiel dafür, dass dies gelingen kann.

(Beifall bei der FDP)

Die Bundesregierung bremst dagegen die Grüne Gentechnik aus.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die ist nicht grün!)

Deutschland wird damit seiner globalen Aufgabe nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der SPD: So ein Quatsch!)

Im Glaubenskampf um die Grüne Gentechnik sind die Gefechtsfelder abgesteckt und die Fronten verhärtet. Die Vernunft ist auf der Strecke geblieben.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Verantwortlich dafür sind die grünen Minister, insbesondere Frau Künast, und ein Bundeskanzler, der sie gewähren lässt. Das spiegelt sich im Entwurf eines Gesetzes der Bundesregierung zur Novellierung des Gentechnikgesetzes wider. Die Grüne Gentechnik soll verhindert werden. Die Leidtragenden dieser Politik sind junge Menschen, die abwandern werden, Menschen in den neuen Bundesländern, die auf diese **Zukunftstechnologie**

gesetzt haben, und Menschen in den ländlichen Räumen, die neue Einkommensalternativen brauchen, und dies alles, damit die grüne Illusion vom Museumsbauernhof erhalten bleibt. Das will die FDP verhindern. (C)

(Beifall bei der FDP – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Museum war doch schon die FDP!)

Die Ministerin – wir alle haben es gehört – wäscht ihre Hände in Unschuld, wenn es um die Zerstörung von Freisetzungsversuchen geht, obwohl gerade ihre Politik und ihre Äußerungen der Nährboden sind, der die Zerstörung von Freisetzungsversuchen tatsächlich möglich gemacht hat.

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Das ist wirklich unerträglich!)

– Frau Ausschussvorsitzende, informieren Sie sich einmal über agrarische Tatbestände! Dann können Sie bei solchen Fragen besser mitreden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Hertha Däubler-Gmelin [SPD]: Unglaublich!)

Der Vorfall in Sachsen-Anhalt steht für die Zerrissenheit in Deutschland, wenn es um die Bewertung der Produkte der Grünen Gentechnik geht.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Der Hund beißt nicht, aber die Halterin! – Heiterkeit bei der SPD)

Ministerin Bulmahn, SPD, begrüßt das Anbauprogramm der Bundesländer für Bt-Mais, Ministerin Künast lehnt es ab. (D)

Es ist gute Tradition, dass wir im Deutschen Bundestag nicht entscheiden, was die Verbraucherinnen und Verbraucher morgens zum Frühstück essen.

(Beifall bei der FDP – Hans-Michael Goldmann [FDP]: Gott sei Dank!)

Sie haben **Wahlfreiheit**.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bei Ihnen bald nicht mehr!)

Der Deutsche Bundestag entscheidet ausschließlich, welchen Kriterien neue Produkte genügen müssen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Jawohl!)

Daher ist es völlig unerheblich, welche Umfragewerte Produkte der Grünen Gentechnik erzielen. Ulrich Bahnsen titelte in der „Zeit“: „Greenpeace weiß, was Kunden wünschen müssen“. Ich füge hinzu: nicht, was sie wünschen. Nicht Wahlfreiheit ist somit das Ziel Ihrer Politik und von Greenpeace, sondern Bevormundung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unmündigkeit!)

Die eine Voraussetzung für Wahlfreiheit ist die **Kennzeichnung**. Sie ist geregelt. Die andere Voraussetzung ist das Angebot von Produkten aus gentechnisch veränderten und anderen Pflanzen. Das wird kommen.

Dr. Christel Happach-Kasan

- (A) Entgegen den Sprüchen von Ministerin Künast sind gentechnisch veränderte Pflanzen sicherer als andere; denn sie sind mehr geprüft.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mein Gott!)

Auch die viel zitierte britische Studie Farm Scale Evaluation hat kein wirklich neues Ergebnis erbracht. Das Unkrautmanagement entscheidet über die Biodiversität auf dem Acker; das wissen Landwirte seit Jahrzehnten. Ohne Wildkräuter gibt es auch keine Insekten. Das ist Mittelstufenbiologie. Es gibt keine besondere Gefährdung der Biodiversität durch Pflanzen, die mit einer bestimmten Methode gezüchtet wurden. Das ist im Übrigen ein Ergebnis der Studie zur Technikfolgenabschätzung aus dem Jahre 1993.

Vor diesem Hintergrund ist die durch EU-Vorgaben notwendige Novellierung des Gentechnikgesetzes eine lösbare Aufgabe. Die Regierung ist daran gescheitert, weil sie den grünen Ministern Künast und Trittin das Feld überlassen hat. Es ist ein Verhinderungsgesetz herausgekommen. Kanzler Schröder hat klein beigegeben. Seine Innovationsinitiative ist reif für die Tonne.

Die **Haftungsregelung** geht am Kern jeder gerechten Haftung vorbei. Wir müssen den schützen, der sich korrekt verhält, und zwar unabhängig davon, was er anbaut, ob es sich nun um gentechnisch veränderte Pflanzen handelt oder nicht. Die im Gesetz vorgesehene gesamtschuldnerische Haftung leistet dies nicht, weil sie auch dem die Haftung für Schäden aufbürdet, der sie nicht verursacht hat. Das ist ungerecht. Mit Bürokratie – Kollegin Hasselfeldt hat das schon gesagt – lässt sich Zukunft nicht gewinnen.

(B)

Der Jahresbericht der FAO hat deutlich gemacht, dass die Grüne Gentechnik den **Entwicklungsländern** Chancen bietet. 4 Millionen Kleinbauern pflanzen in China erfolgreich Bt-Baumwolle an, so Professor Saedler, Direktor am Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung. 2 Cent kostet die Produktion eines Antigens in der transgenen Banane, 100 Euro mit herkömmlichen Methoden. Das wollen Sie verhindern? Diese Chancen wollen Sie den Entwicklungsländern wirklich verwehren?

(René Röspel [SPD]: Das sollen die doch selbst entscheiden!)

Ich fordere Sie auf, sich im Interesse der Menschen, die nicht so reich sind wie wir, die in Gesellschaften leben, denen es nicht so gut geht, mehr für eine solche Wissenschaftstechnologie einzusetzen und Entwicklungen möglich zu machen, die wir gerade bei uns in Deutschland brauchen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Herta Däubler-Gmelin, SPD-Fraktion.

Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD):

(C)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es gut, dass wir nun auch anlässlich der Beratung dieses Gesetzentwurfs – er ist schon seit Anfang des Jahres in der Welt – über die einzelnen Probleme im Zusammenhang mit der Gentechnik reden. Wir tun das ja schon länger. Die Diskussionen in der Öffentlichkeit werden von diesem Thema beherrscht. Jetzt treten wir in das Gesetzgebungsverfahren ein. Ich wünsche mir, dass dieses Verfahren kurz und knapp ist und, wenn es möglich ist, liebe Frau Hasselfeldt und sehr geehrte Frau Happach-Kasan, ohne diese ständigen Ausfälle, die doch niemanden weiterbringen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wer fängt denn damit an?)

abläuft, damit die Grundsätze der Europäischen Union, nämlich Koexistenz und Wahlfreiheit, tatsächlich eingehalten werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe bei Ihnen manchmal das Gefühl, dass Sie sich eigentlich mehr als die Sprecherinnen von Großunternehmen – noch nicht einmal von mittelständischen Unternehmen hier bei uns – verstehen, die mit aller Gewalt irgendwelche genveränderten Pflanzen in den Markt drücken wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: So weit die Sachlichkeit!)

Frau Happach-Kasan, wir sollten über diese Phase jetzt endlich einmal hinwegkommen und uns die Frage stellen: Was ist eigentlich der Grund für die heutige **Unsicherheit** im Zusammenhang mit der Gentechnik? Ich hätte mich wirklich gefreut, wenn dazu ein bisschen mehr gesagt worden wäre, auch von Ihnen; schließlich mahne ich das nicht zum ersten Mal an. Die Antwort kann doch nur lauten: Genveränderte Nahrungsmittel müssten für den Menschen mehr oder Besseres bringen. Nur das wäre eine Rechtfertigung, sonst gar nichts.

(D)

Diese Nachweise gibt es aber nicht. Vielmehr haben wir noch immer ein, wie wir Juristen es nennen, „non liquet“. Es ist also nicht klar, ob diese Nahrungsmittel schaden und Gefährdungen verursachen oder nicht. Diese Unsicherheit wird natürlich auch dadurch genährt, dass Gutachten wie das im Zusammenhang mit der Zulassung des Bt-Mais darauf hinweisen, dass es in bestimmten Bereichen gerade für Tiere sehr wohl Probleme und Gefährdungen geben könnte. Diese Gutachten werden von Ihnen entweder geleugnet oder heruntergespielt. So kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Sie spielen es doch hoch!)

Sie haben vorhin schon einmal von Produkten und **Produkthaftung** geredet. Würde man dem folgen, was Sie in Bezug auf genveränderte Pflanzen oder genverändertes Saatgut sagen, dann würde heute – das müssten wir vielleicht auch einmal sehen – nicht *eine* weniger

(A) Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Bitte.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Frau Däubler-Gmelin, Sie erinnern sich vielleicht daran, dass wir schon einmal über das Thema „Goldener Reis“ diskutiert haben. Wir haben dabei gemeinsam festgestellt, dass die Forscher Potrykus und Beyer es immerhin erreicht haben, dass 70 Lizenzen aufgegeben worden sind, dass diese Sorte an das Reisforschungsinstitut übergeben worden ist, sodass daraus Sorten entwickelt werden können, die für die verschiedenen Standorte geeignet sind. Stimmen Sie mir darin zu, dass dies ein Weg ist, auf dem wir den **Entwicklungsländern** helfen können, ihre **Ernährungslage** zu verbessern, und somit auch den Menschen dort helfen können?

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zwangsmedikation!)

Ernährung ist doch die Voraussetzung dafür, dass Menschen Bildung erreichen und bessere Zukunftschancen gewinnen können.

Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD):

Was Bildung und Verteilungsgerechtigkeit angeht, ja. Ich würde niemandem – auch Ihnen nicht, Frau Happach-Kasan – den Willen absprechen, zu erreichen, dass die Menschen in den Least Developed Countries bessere Chancen haben. Das geht aber nur durch Marktöffnung. Das geht durch Wissenstransfer. Das geht nicht dadurch, dass bei uns Soja und vor allem Mais genverändert als Viehfutter auf den Markt gedrückt werden. Sie wissen ganz genau, dass der Vitamin-A-Reis nicht besser ist – er ist vielleicht anders, aber nicht besser – als sehr viele Standortpflanzen, die es in der Natur heute schon gibt. Ich will die Diskussion über diesen Punkt mit Ihnen gern fortsetzen. Ich hätte Sie aber auch gern an der Seite, wenn wir den Landwirten sagen: Das ist etwas, bei dem ihr sehr sorgfältig aufpassen müsst, damit ihr haftungsrechtlich nicht in die Falle von bestimmten Erzeugern geht.

Wenn Sie sich nachher dazu durchringen würden – das ist meine letzte Bitte, gerade an die FDP-Fraktion –, wenigstens bei der Frage der Kennzeichnung des Saatguts zu sagen: „Jawohl, wir wollen die Wahlfreiheit durch eine offene und ehrliche Kennzeichnung unterstützen“, dann fände ich das großartig. Ich fürchte, Sie werden das nicht tun. Das finde ich bedauerlich.

Lassen Sie mich noch einen letzten Satz anfügen: Die heutige Diskussion ist noch in einem anderen Sinn hochinteressant; wir führen sie ja zum vierten oder fünften Male in der einen oder anderen Weise. Sie zeigt nämlich, dass Sie gar nicht die Absicht hatten, in irgendeiner Weise konstruktiv dazu beizutragen,

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Unglaublich!)

dass vernünftige Haftungsregelungen für die Gentechnik durchgesetzt werden. Falls das wirklich so sein sollte

– ich bin sehr gespannt, ob ich von Herrn Heiderich etwas anderes höre –, dann wenden Sie auch hier die Strategie an, die Sie in letzter Zeit sehr häufig benutzen, das heißt: Sie setzen voll auf **Blockade**. Ich kann Ihnen nur sagen, das ist kein guter Weg. Blockieren wird nicht honoriert.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Die Wähler sehen es anders!)

Es steht außer Frage, dass wir haftungsrechtliche Regelungen für die Gentechnik im Sinne der Verbraucher und der Landwirte finden müssen. Das sind wir ihnen schuldig und das verlangen auch die europäischen Richtlinien. Wenn Sie aber glauben, hier durch Blockieren irgendetwas verhindern zu können, dann sage ich Ihnen schon jetzt, dass wir das nicht zulassen werden.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich werbe deshalb um Ihre konstruktive Mitarbeit, aber sage Ihnen zugleich sehr deutlich, dass wir nicht bereit sind, uns an irgendeiner Blockadestrategie zu beteiligen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzter Redner ist der Kollege Helmut Heiderich, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B) **(D)**

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einmal feststellen, dass die Frist für die Umsetzung der europäischen Vorschriften zur Nutzung der Gentechnik in der Landwirtschaft bereits im Herbst 2002 abgelaufen ist. Lassen Sie mich auch feststellen, dass es gerade die internen Streitereien zwischen den Ministern im Bundeskabinett waren, die dafür gesorgt haben, dass das Gesetz nicht rechtzeitig dem Bundestag zugeleitet wurde. Aufgrund dieser Verzögerungen geraten Sie nun unter den Druck von Brüssel und wir in die Gefahr, von Brüsseler Entscheidungen überrollt zu werden. Deshalb wäre es richtig, dass wir uns zusammensetzen, um die Dinge in der Sache gemeinsam zügig voranzubringen. Ich wundere mich dann aber schon über die Tiraden, die ich von der Frau Ministerin vorhin an dieser Stelle gehört habe. Sie haben offensichtlich überhaupt nicht die Absicht, in irgendeiner Weise politisch hier im Plenum zu kooperieren. Sie wollen spalten sowie die Öffentlichkeit verunsichern und in die Irre leiten.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Blockadehaltung! – Zurufe von der SPD)

Sie wollen damit im Endeffekt nicht, dass wir zu Entscheidungen kommen, die der Sicherheit dienen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Helmut Heiderich

- (A) Ich komme nachher, Frau Däubler-Gmelin, auch noch einmal auf die Frage der Blockade zurück.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Norbert Lammert)

Zunächst möchte ich aber herausstellen, dass Sie selbst, Frau Ministerin, und alle, die an Ihrer Seite agieren, sich ein ums andere Mal in Widersprüche verstricken. In Brüssel haben Sie im Zusammenhang mit der Erteilung der Importgenehmigung für amerikanischen Bt-11-Mais nicht mehr als ein unentschlossenes „Ich weiß nicht“ herausgebracht. Kaum waren Sie zu Hause, haben Sie lautstark von einer Fehlentscheidung und dem damit verbundenen Risiko gesprochen. Da ist es doch kein Wunder, Frau Ministerin, dass Ihnen **Kommissar Byrne** vor wenigen Tagen in einem Interview im Berliner „Tagesspiegel“ ins Stammbuch geschrieben hat, dass er Ihre Kritik nicht verstehe. Ich zitiere einmal wörtlich, was da steht:

Die Ministerin war selbst Mitglied des Agrarministerrats, der im vergangenen Herbst für die neue Gesetzgebung gestimmt hat. Sie hat diese Regelung gewollt, nun sollte sie sich auch daran halten.

Verehrte Frau Künast, es wäre hilfreich, wenn Sie sich hierzu einmal in Ihren Reden äußern würden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Ebenso hat es die Bundesregierung trotz der langen Anlaufzeit nicht geschafft, dafür zu sorgen, dass im eigenen Land die notwendigen praktischen Erfahrungen für die Detailregelungen dieses Gesetzes gesammelt wurden. Ich will es noch einmal sagen: Es war der Bundeskanzler selbst, der bereits im Sommer 2000 einen großflächigen **Erprobungsanbau** zugesagt und die notwendigen Regularien mit den Beteiligten unterschriftsreif ausgehandelt hat. Jetzt frage ich mich, warum die entsprechende Begleitforschung damals möglich war, heute aber nicht möglich sein soll.

Ich zitiere einmal, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen:

Ziel des Forschungsprogramms ist, zusätzliche Erkenntnisse über die Umweltauswirkungen des großflächigen Anbaus gentechnisch veränderter landwirtschaftlicher Nutzpflanzen unter Praxisbedingungen zu gewinnen. Daher sollte der Anbau schwerpunktmäßig in landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt werden.

Dann geht es weiter:

Die Bundesregierung

– jetzt ist sie verschwunden –

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Frau Künast ist bei ihrer Fraktion!)

– ich bitte zuzuhören! –

trägt die Kosten für das Forschungsprogramm. Die Unternehmen der Grünen Gentechnik stellen die erforderlichen Anbauflächen sowie das Saatgut zur Verfügung.

- (C) Das war Ihr Bundeskanzler, Ihre Regierung, die das schon im Jahre 2000 so vorgelegt haben. Heute sind Sie um Längen hinter den damaligen Stand und die damals erreichten Positionen zurückgefallen. Sie blockieren die weitere Entwicklung in Deutschland, nicht die Opposition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ständig bringen Sie hier Argumente, die weitere Verunsicherung, aber keinen Schritt nach vorn bedeuten. Auf der einen Seite erklären Sie, die Gentechnologie müsse noch weiter erforscht werden. Auch Frau Däubler-Gmelin hat das eben wieder vorgetragen. Die **Zulassungsverfahren** seien nicht ausreichend, obwohl Sie auf diesem Gebiet nun wirklich so umfassend wissenschaftlich prüfen wie an keiner anderen Stelle des Lebensmittelrechtes sonst. Auf der anderen Seite unterbindet Frau Ministerin höchstpersönlich ein Forschungsprojekt nach dem anderen, ganz gleich, ob Spitzenforschung oder Begleitforschung. Wie passt das zusammen?

(Abg. Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

- (D) Lassen Sie mich den Gedanken noch zu Ende bringen. Ich komme gleich auf die Zwischenfrage zurück.

Auf der einen Seite reden Sie immer davon, man wolle **Monopole** internationaler Konzerne verhindern, auf der anderen Seite blockieren Sie gerade für unsere Pflanzenzüchter und für unsere Forscher jeden Fortschritt und nehmen ihnen damit die Chance, gegenüber anderen wettbewerbsfähig zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt kann die Zwischenfrage gestellt werden.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Höfken, wenn Sie mögen, dürfen Sie jetzt.

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Kollege Heiderich, ich finde, Sie reden um den heißen Brei herum. Wir möchten doch von Ihnen eine Antwort auf die Frage haben, wie Sie den Schutz des Eigentums bei nicht Gentechnikpflanzen anbauenden Bauern gewährleisten möchten und welche Art Schutz des Eigentums dieser Betriebe Sie konkret ergreifen wollen. Wir gehen doch beide davon aus, dass nahezu 100 Prozent der deutschen Betriebe keine gentechnisch veränderten Pflanzen anbauen wollen.

Die zweite Frage ist, wie Sie die **Wahlfreiheit** der Verbraucher im Hinblick auf gentechnikfreie Produkte langfristig und sicher gewährleisten wollen und welche

Ulrike Höfken

- (A) konkreten Maßnahmen Sie in diesem Zusammenhang für notwendig halten.

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Liebe Frau Kollegin, wenn Sie mir ausreichend Zeit gewähren, um auf Ihre umfassende Frage umfassend zu antworten, will ich das gerne tun.

Was die Frage der **Kennzeichnung** angeht, sind Sie heute hier an der falschen Stelle. Über die Frage der Kennzeichnung haben wir vor Wochen in diesem Hause entschieden und die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften geschaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Kennzeichnungsvorschriften haben wir damals sehr konstruktiv umgesetzt. Sie haben uns öffentlich Blockade vorgeworfen; daran war kein Wort wahr.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wenn Sie mich ausreden lassen würden. – Wir haben bereits im Jahre 2001 in diesem Hause einen Antrag eingebracht, in dem wir die Kennzeichnung gefordert haben, um Wahlfreiheit für den Verbraucher zu schaffen. Da waren Sie von solchen Gedanken noch meilenweit entfernt.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie waren dagegen! – Gegenruf des Abg. Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Ihr wollt doch etwas ganz anderes! Dann sagt das doch! – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir warten auf die Antwort!)

(B)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Die Möglichkeit der Zwischenfrage soll die Chance eröffnen, dem Redner über die Gedanken, die er vorbereitet hat und vorträgt, hinaus Fragen zu stellen, die vom Redner beantwortet werden können. Wenn dies allerdings zu polyphonen Stellungnahmen aus der Fraktion des Fragestellers und aus der Fraktion des Redners führt, ist der Zweck dieses Instruments ziemlich eindrucksvoll ad absurdum geführt.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause – Horst Kubatschka [SPD]: Das ist das lebhafteste Parlament!)

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Darf ich noch die zweite Hälfte der Frage beantworten?

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ja.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat noch nicht einmal die erste Hälfte beantwortet!)

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

(C)

Frau Kollegin, was die **Wahlfreiheit für die Landwirte** angeht, so will ich sagen: Wir werden dezidierte Stellungnahmen zu diesem Gesetz einbringen. Über den Bundesrat ist schon ein ganzes Paket von Stellungnahmen abgegeben worden. Es ist unser Ziel – ich werde das gleich noch einmal betonen –, dass wir den Landwirten Wahlfreiheit für ihre Entscheidung gewähren. Jeder Landwirt soll heute und morgen frei entscheiden können, ob er aus betriebswirtschaftlichen Gründen die Möglichkeiten der Biotechnologie nutzen will oder nicht. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich wehre mich daher gegen jegliche Diffamierung, die an dieser Stelle gegen uns gerichtet wird.

Ich möchte gern noch ein paar Punkte zum Thema Erprobungsanbau ansprechen, über den vorhin diskutiert wurde. Frau Künast, Sie selbst haben sieben gentechnisch veränderte Bt-Mais-Sorten per Vorabgenehmigung im Februar und März dieses Jahres zugelassen. Damit haben Sie den Erprobungsanbau überhaupt erst möglich gemacht. Trotzdem kommt von Ihrer Seite eine Tirade gegen die Bundesländer, die die von Ihnen zur Verfügung gestellten Sorten nutzen.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist kein Recht auf Missbrauch!)

Das ist schlicht und einfach scheinheilig und falsch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will noch einen zweiten Punkt ansprechen. Wie der Deutsche Bauernverband in den letzten Tagen mitgeteilt hat, ist Ihr Ministerium gebeten worden, dass Ihre Bundeseinrichtungen die **Begleitforschung** an diesen 29 Standorten übernehmen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmt nicht!)

Wenn Sie das in die Wege geleitet hätten, dann hätten Sie nicht nur von Anfang an sämtliche 29 Standorte gekannt. Sie hätten sogar jeden Tag das weitere Verfahren verfolgen können. Dass Sie diese Bitte abgelehnt haben,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bin nicht gefragt worden!)

zeigt wiederum, dass Sie an dem Fortschritt, den Herr Schröder schon im Jahr 2000 haben wollte, nicht interessiert sind. Sie wollen spalten und verunsichern.

(Widerspruch des Abg. Peter Dreßen [SPD])

Sie wollen – jetzt benutze ich Ihren Ausdruck von vorhin – Chaos in der öffentlichen Diskussion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will noch einen weiteren Punkt ansprechen, um den Sie sich vorhin herumgemogelt haben.

(René Röspel [SPD]: Was?)

Wir alle sollten einmal gemeinsam öffentlich feststellen, dass die **Zerstörung von rechtmäßig ausgewiesenen Versuchs- und Erprobungsfeldern** keine heroische Tat

Helmut Heiderich

- (A) unerschrockener Kämpfer ist, sondern schlicht und einfach eine kriminelle Handlung. Das ist die Wahrheit. Das sollten wir einmal öffentlich feststellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Jedes Mal die gleiche Leier!)

Für uns sind die Ziele dieses Gesetzes klar. Ich habe eben schon gesagt, dass wir die Wahlfreiheit für die Landwirte wollen. Wir wollen außerdem die Stärkung der Forschung, und zwar nicht nur hinter verschlossenen Labortüren, sondern auch bei der Anwendung und Produktorientierung. Damit bekommen unsere Pflanzenschutzler die Chance – ich habe es vorhin schon einmal gesagt –, den weltweiten Akteuren Paroli bieten zu können.

Wir wollen außerdem, Frau Dr. Däubler-Gmelin, die bisherige gute wissenschaftliche Position unserer Universitäten, unserer Institute und unserer Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Gentechnik vor allem für die Zukunftschancen der **Dritten Welt** nutzen.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach du meine Güte! Das wird ja immer schlimmer! Es ist ja nicht zum Aushalten!)

- (B) Der FAO-Bericht hat nahezu wörtlich das wiederholt, was wir vor einem halben Jahr in dem Antrag „Verantwortung für die Sicherung der Welternährung übernehmen – Chancen der Grünen Gentechnik nutzen“ gefordert haben. Wir haben damals genau das vorgetragen, was Sie, Frau Dr. Däubler-Gmelin, eben zitiert haben.

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Sie wissen doch, dass es nicht stimmt, Herr Heiderich!)

Es geht nicht um Forschung für die Cash Crops, sondern um Forschung für die Produkte, die der Dritten Welt nutzen. Das können wir mit unseren Instituten leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Lesen Sie das bitte einmal nach!)

Wir wollen Deutschland als Innovationsstandort. Wir wollen ihn deshalb mit den Regeln, die dieses Gesetz enthält, nicht blockieren. Wir wollen vielmehr Innovation möglich machen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Herzog, ich bitte um Nachsicht. Da der Redner das Rednerpult erst nach Überschreiten der angemeldeten Redezeit verlassen hat, sah ich keine Möglichkeit mehr, durch das Zulassen einer Zwischenfrage die Redezeit zu verlängern.

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfes auf Drucksache 15/3088 an die in der Tagesordnung

- aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist offenkundig nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen. (C)

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft auf Drucksache 15/3209 zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen mit dem Titel „Wahlfreiheit für die Landwirte durch Reinheit des Saatgutes sicherstellen“.

(Dr. Herta Däubler-Gmelin [SPD]: Jetzt schauen wir mal, wie die CDU/CSU stimmt!)

– Ich stelle ja fest, wie abgestimmt wird. – Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/2972 anzunehmen. Jetzt wird es spannend: Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit des Hauses angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 9 a und 9 b auf:

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Ersten Gesetzes zur Änderung des Betriebsprämien-durchführungsgesetzes**

– Drucksache 15/3046 –

(Erste Beratung 109. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) (D)

– Drucksache 15/3223 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Waltraud Wolff (Wolmirstedt)

Peter Bleser

Friedrich Ostendorff

Hans-Michael Goldmann

- b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Ernährungs- und agrarpolitischer Bericht 2004 der Bundesregierung

– Drucksache 15/2457 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für Tourismus

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Kollegin Waltraud Wolff für die SPD-Fraktion.